



Medienmitteilung

Sperrfrist: 08.02.2007, 9:15

14 Gesundheit

N r. 0350-0701-40

Kosten und Finanzierung des Gesundheitswesens 2005

53 Milliarden für die Gesundheit

Neuchâtel, 08.02.2007 (BFS) – Nach den neuesten Zahlen des Bundesamtes für Statistik (BFS) betragen die Kosten des Gesundheitswesens 2005 insgesamt 52,9 Milliarden Franken. Im Zeitraum 2000 bis 2005 haben die Kosten im Durchschnitt um 4,1 Prozent jährlich zugenommen. Der Anteil der Gesundheitskosten am Bruttoinlandprodukt (BIP) ist von 10,4 Prozent (2000) auf 11,6 Prozent (2005) angestiegen. Die Kostensteigerung wurde in diesem Zeitraum hauptsächlich von der Krankenversicherung (KVG) und in etwas geringerem Ausmass vom Staat und von den privaten Haushalten finanziert.

Die Kosten des Gesundheitswesens haben zwischen 2000 und 2005 um 22 Prozent zugenommen, d.h. um durchschnittlich 4,1 Prozent pro Jahr. Die geringste Zunahme (+2,5%) fiel in die Jahre 2004 und 2005. Der Ressourcenanteil, den die Schweiz für Sach- und Dienstleistungen des Gesundheitswesens aufwendet, betrug im Jahr 2005 11,6 Prozent des BIP gegenüber 10,4 Prozent im Jahr 2000. Die signifikante Zunahme geht sowohl auf den strukturellen Anstieg der Gesundheitskosten als auch auf das schwache Wachstum des BIP besonders in den Jahren 2001 bis 2003 zurück. Im internationalen Vergleich liegt die Schweiz in der Rangliste der OECD-Länder mit einem Anteil der Gesundheitskosten am BIP von 11,6 Prozent an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten (15,3%). Als nächstplatzierte Länder folgen Deutschland (10,9%) und Frankreich (10,5%); die Schweiz befindet sich jedoch näher bei diesen Ländern als bei den Vereinigten Staaten.

Starke Zunahme der ambulanten Behandlung in den Krankenhäusern

Die Krankenhauskosten (einschliesslich der ambulanten Behandlung) sind zwischen 2000 und 2005 um jährlich 4,4 Prozent und damit etwas mehr als die Gesamtkosten (+4,1%) gestiegen. Die ambulante Behandlung in den Krankenhäusern verzeichnete in diesem Zeitraum einen starken Kostenzuwachs von durchschnittlich 10,3 Prozent pro Jahr gegenüber 3,2 Prozent für die stationäre Behandlung. Damit ist der Anteil der ambulanten Behandlungskosten der Krankenhäuser an den Gesamtkosten des Gesundheitswesens von 5,0 Prozent im Jahr 2000 auf 6,6 Prozent im Jahr 2005

angewachsen. Diese Entwicklung ist teilweise auf die Einführung von weniger invasiven medizinischen Techniken zurückzuführen, die mehr ambulante Behandlungen ermöglichen.

Anhaltendes Kostenwachstum der Institutionen für Betagte

Die Kosten der Institutionen für Betagte und Chronischkranke sind zwischen 2000 und 2005 um durchschnittlich 4,9 Prozent pro Jahr angestiegen. 2001 und 2002 fanden starke Kostenschübe statt (rund +7% jährlich), doch in den darauffolgenden Jahren war die Zunahme moderater (rund +3% jährlich). Die Kosten der Institutionen für Betagte sind von 12 Prozent der Gesundheitsausgaben im Jahr 2000 auf 12,4 Prozent im Jahr 2005 angestiegen. Seit 2002 hat sich dieser Anteil kaum verändert.

Geringe Zunahme der Präventions- und Verwaltungsausgaben

Die Ausgaben für die Prävention legten zwischen 2000 und 2005 mit durchschnittlich 2,1 Prozent pro Jahr weniger stark zu als die Gesamtkosten des Gesundheitssystems (+4,1%). Die Differenz bedeutet, dass die Präventionsausgaben von 2,3 Prozent Anteil an den Gesamtgesundheitskosten im Jahr 2000 auf 2,1 Prozent im Jahr 2005 gesunken sind.

Die Verwaltungskosten des Gesundheitssystems sind zwischen 2000 und 2005 um 15 Prozent gewachsen, was einer jährlichen Zunahme um durchschnittlich 2,8 Prozent entspricht und unter dem Anstieg der Gesamtkosten liegt.

Drei grosse Finanzierungsträger: Krankenversicherung (KVG), Staat und Haushalte

Die Kosten des Gesundheitssystems sind zwischen 2000 und 2005 um 9,6 Milliarden (+22%) angestiegen. 44 Prozent davon wurden von der Grundversicherung (4,2 Milliarden), 26 Prozent vom Staat (2,5 Milliarden) und 20 Prozent von den Privathaushalten (1,9 Milliarde) bestritten. Die restlichen 10 Prozent (1 Milliarde) verteilen sich auf die übrigen Sozialversicherungen (AHV-IV, Unfallversicherung, Militärversicherung), auf Privatversicherungen und sonstige private Finanzierungen. Der Finanzierungsbeitrag des Staats verzeichnet eine unregelmässige Entwicklung: 2001 und 2002 fand von einem Tiefstand ausgehend eine starke Zunahme statt, die sich jedoch in den darauffolgenden Jahren abschwächte. Im Berichtsjahr wurden 35 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben von der Grundkrankenversicherung, 30 Prozent von den Privathaushalten und 17 Prozent vom Staat übernommen. Die übrigen Finanzierungsträger (Unfallversicherung UVG, IV-AHV, Militärversicherung, Privatversicherungen und sonstige private Finanzierungen) steuerten die restlichen 18 Prozent bei.

BUNDESAMT FÜR STATISTIK
Pressestelle